

# BESCHLUSSVORLAGE

TOP \_\_\_\_\_

## Öffentlich

*Für die Öffentlichkeit nicht vor der Beratung  
bestimmt*

2018/1751

**Abt: bzw. Organisationseinheit/Sachbearbeiter/AZ.:**

**Datum:**

Referat Oberbürgermeister / Sandro Pfeiffer /

14.11.2018

**Beratungsfolge**

**Sitzungstermin:**

Stadtrat

öffentlich

26.11.2018

**Resolution gegen die geplanten Änderungen beim Hochwasserschutz;  
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 10.11.2018**

**Beschlussvorschlag:**

Der als Anlage beigefügten Resolution wird zugestimmt.

**Beratungsergebnis:**

Gremium: Stadtrat

Sitzung am: 26.11.2018 TOP 7

### **Sachverhalt/Begründung:**

Der auf Landesebene im Rahmen der aktuellen Regierungsbildung geschlossene Koalitionsvertrag zwischen der CSU und den FREIEN WÄHLERN enthält im Zusammenhang mit den geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen des Freistaates Bayern beim Flutpolderkonzept einen Verzicht auf die Standorte Bertoldsheim und Eltheim/Wörthhof.

Die SPD-Stadtratsfraktion hat hierzu mit dem in Ablichtung beigefügten Schreiben vom 10.11.2018 beantragt, dass durch den Stadtrat der Stadt Deggendorf eine Resolution gegen diese Planung verfasst werden soll.

Derzeit ist nicht absehbar, wie weitreichend die Folgen bei einer Umsetzung ggfls. auch für den Bereich der Stadt Deggendorf sind. Auch entbehrt die Entscheidung nach aktuellem Kenntnisstand einer fachlichen Grundlage, da hierzu in Auftrag gegebene Gutachten noch nicht fertig gestellt oder zumindest noch nicht veröffentlicht sind.

Da alle bisherigen Hochwasserschutzmaßnahmen – hierzu zählt letztlich auch das Polderkonzept – hinsichtlich ihrer Effizienz in einem Gesamtzusammenhang zu sehen sind, steht zumindest zu befürchten, dass die Herauslösung einzelner Maßnahmen die Funktionalität des Hochwasserschutzes insgesamt negativ beeinflusst.

Die Herausnahme der genannten Flutpolder berührt hier gerade auch die Interessen der Stadt Deggendorf als Unterlieger. Erinnert sei an das Leid der betroffenen Deggendorfer Bürger beim Hochwasser 2013. Seitens der Stadt sind hier alle Anstrengungen zu unternehmen, eine vergleichbare Katastrophe zu verhindern.

Auch die Forderung nach zusätzlichen dezentralen Maßnahmen – sei es als Kompensation für den Wegfall der Polderflächen oder weil sich dezentrale Maßnahmen tatsächlich als effizienter erweisen – berührt die Interessen der Stadt Deggendorf. Entsprechende Maßnahmen wären überwiegend in kommunaler Zuständigkeit umzusetzen und selbst bei Bereitstellung großzügiger Fördermittel mit erheblichem finanziellen Aufwand für die Stadt Deggendorf verbunden.

Zur Wahrung dieser städtischen Interessen soll entsprechend dem gestellten Antrag eine Resolution gegen die getroffene Entscheidung verfasst werden. Diese wird derzeit durch die Verwaltung erarbeitet und am 20.11.2018 bei der Vorbesprechung der Stadtratssitzung mit den Fraktionsvorsitzenden abgestimmt.

**Finanzielle Auswirkungen?**

<input type="checkbox"/> ja	Die Haushaltsbelastung beträgt			<b>nein</b>
	im Rj. 20		€	<input checked="" type="checkbox"/>
	im Rj. 20		€	
	Fortlaufend jährlich		€	

**Mittel sind veranschlagt:**

<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> im <u>Verwaltungshaushalt</u> 20	bei der Haushaltsstelle	Haushaltsansatz	<b>nein</b>
	<input type="checkbox"/> im <u>Vermögenshaushalt</u> 20		€	<input type="checkbox"/>

Dr. Christian Moser  
Oberbürgermeister

Sandro Pfeiffer

Anlage:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 10.11.2018  
Resolution der Stadt Deggendorf (wird nachgereicht)